

Der Kriegsberichterstatter

am Sonntag morgen.

Im Hafen von Triest herrschte lebhafte Fliegeraktivität, der österreichische Fliegerleutnant Pantfield schoss dabei wieder ein feindliches Flugzeug ab.

An der Isonzo-Offensive schossen die österreichisch-ungarischen Flieger zwei feindliche Flugzeuge ab.

An der Tirolerfront mögten die k. u. k. Truppen im Mai 750 Gefangene und erbeuteten 10 Maschinen geworfen.

Ein amerikanisches Kriegsschiff ist nach dem Bericht aus englischer Quelle vor Queenstown an das Küstenschiffs-Brands durch Minen gesunken.

Die brasilianische Regierung wird die Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Einrichtung von Siedlungsplätzen an der brasilianischen Küste ermutigen.

Die französische Regierung wies die Provinzoberen an, alle Kundgebungen zu den zwischenstaatlichen Fragen zu unterlassen.

Generalissimus Glik hat den Vorstoß des Alldeutschen Landes niedergelegt; an seine Stelle ist Admiralsrat A. D. v. Grapow getreten.

Die ungarische Regierung lädt offiziell erneut, daß die Abtötung der ungarischen Sozialisten in der Freudenfrage auf sie einen betrübenden Eindruck gemacht habe.

Wetteranzeige der amti. lach. W. und s. w. w. - Peine wöchentliche Temperaturänderung, Gewitterwirbung, mit wärm. und trocken.

Bericht der Kriegsschiffereien in Amerika?

Die der Schweizer Postzeitung berichtet, daß die österreichische Regierung der Vereinigten Staaten die öffentlichen Kundgebungen der Kriegsschiffe in der Union zu verbieten. — Das freie, demokratische Amerika!

Ein wertvolles Geschenk.

Times schreibt in einem Beitrags vom 28. Mai zu dem deutschen Flugzeugangriff auf die britische Flotte vom 2. Mai: Es ist eine Torheit, einen derartigen Angriff mit Schlagworten wie Gewalttat oder Flug von Kinderichätern obzutun. Es ist gleichzeitig, was das Ergebnis der Fliegerangriffe war. Die Tatsache besteht, daß sein Hauptziel militärischer Natur und kein Plan, das Ziel zu erreichen, wohl vorbereitet und gut ausgeführt war. Die Zeitung legt weiter dar, daß das leicht lernbar und kaum sichtbare Flugzeug nicht wie der unbeholfene, ein verhältnismäßig großes Ziel bildende Zeppelin sei, sondern ein wirklich gefährliches Werkzeug des Einfallss. Times sagt: Man kann ebenfalls mit einer Faschinhölle auf einen baldigenfaßenden Falan idenken, wie mit sicheren Hindernissen auf ein Hindernis. Es besteht eine unbegrenzte Möglichkeit für die Wiederholung der Fliegerangriffe.

Die Reise englischer Arbeiterschauspieler nach Aufstand. (Reuter.) Mit Bezug auf die Entscheidung der englischen Arbeiterpartei, Abordnete nach Petersburg zu entsenden, die auf dem Wege nach dort Stockholm befürchtet werden, äußerte ein leitender Beamter der Arbeiterpartei: Einige Zeitungen sind vollkommen irre gegangen, wenn sie vermuten, daß Roberts die Reise unternimmt, um an der Stockholmer Konferenz teilzunehmen. Nichts liegt unserer Absichten ferner. In der Tat würde Roberts der letzte sein, der den Wunsch hätte, zu einer solchen Konferenz zu gehen. Alles, was er auf unserem Wege zu tun bestätigt, ist Stockholm zu befürchten, um den schwedischen Sozialistenschauspieler Branting zu sprechen, bevor den Alttäteren freundliche Befreiung wohlbekannt ist. Er wird ihm genau erklären, was die Wahrheit der Arbeiter in England denkt. Wir hören, daß Henderson bereits in Stockholm auf dem Wege nach Aufstand gewesen ist, wo seine Ankunft erwartet wird. (W. T. B.)

Nette Missionsins Ausland.

Der von seinem Vater zurückgetretene frühere russische Außenminister Militschow wird sich, wie die "Roumische Rundschau" erfuhr, in nächster Zeit in einer wichtigen politischen Mission in das Ausland begeben.

Der Krieg in Ostrafa.

Der "Jor. Tagesbote" meldet: Nach langerer Zeit kommen nun ersten Male wieder Nachrichten von der Fortsetzung des deutschen Bilderschlages in Ostrafa. Die österreichischen Kolonialtruppen ziehen mit Beendigung der Regenzeit zur Offensivfahrt geschritten und haben nach englischer Quelle sogar Einfälle in das portugiesische Gebiet unternommen. Die Fortdauer des Bilderschlages in dieser seit bald drei Jahren von aller Welt absehbarsten Kolonie gehört, so erhebt das Zürcher Blatt, zu den militärisch hervorragenden Leistungen des Weltkrieges.

Brasilien im Kriege.

Brasier Blätter erfahren aus Rio de Janeiro: Ein amerikanisches Geschwader werde in Rio eintreffen; es benötige sich, daß die brasilianische Regierung entschlossen sei, die Vereinigten Staaten zur Errichtung von mehreren Flottenstützpunkten an der brasilianischen Küste zu ermächtigen. Der Gesuchsantrag über den Vertrag der Neutralitätsklärung Brasiliens wird vom Senat erörtert werden. (W. T. B.)

Die geheime Sitzung der französischen Kammer wurde am Freitag um 7 Uhr 10 Min. aufgehoben. Sie sollte am Sonnabend um 2 Uhr wieder eröffnet werden. Sämtliche Parteien des Senats nahmen in einer gemeinschaftlichen Sitzung ihrer Vertreter einstimmig folgende Entschließung an: Alle Gruppen im Senat erklären, daß die verantwortliche Regierung allein das Recht hat, über die Fragen, die das Kaiserreich und die Würde des Kaiserreichs angehen, außerhalb des Bundes zu verhandeln. Sie befürchten, die Regierung über die Sitzung, die sie beauftragt hat, zu befragen. — Infolge dieses Beschlusses ist eine Anfrage, gestellt von den Obermännern aller Senatorengruppen, eingehoben worden. (W. T. B.)

Tod eines italienischen Generals.

"Corriere della Sera" meldet aus Verona: Bei den letzten Kämpfen wurde der Brigadegeneral Alessandro Ricordi durch einen Granatsplitter getötet. (W. T. B.)

Die Pause in der Isonzo-Offensive.

Der Platzhauer "Corriere" meldet von der Front, die Pause in der Isonzo-Offensive sei nur vorübergehend. Godornas Plan bleibe, durch mobilmachende Strategie den Krieg in Italien fest zu Ende zu bringen.

Neue offensive Sorkatis?

Der "Corriere della Sera" meldet aus Solontsi, alle Zweichen liegen auf eine neue Offensive Sorkatis dicht. Der feindliche Gegendruck sei gleichfalls auf der ganzen Front.

Gute Bitten.

Der englische Soldbuchdruck vom 26. Mai, 1 Uhr 30 Min. vormittags, behauptet, die Engländer hätten am Mittwoch, den 28. Mai, 12 deutsche Flugzeuge abgeschossen. Da Wahrheit haben wir gerade an diesem Tage nur ein einziges Flugzeug verloren, und das nicht einmal gegenüber der englischen Front, sondern in Pothkingen.

Es müßte also nur zufälligen, die englische Meldung vom 28. h. stützen, wenn nicht am gleichen Tage auch der zweite Bericht ein ebenso langes wie lächerliches Gedicht auf die Heldentaten der französischen Fliegerei gebracht hätte.

Nach einer ausgedehnten Diskussion schlußt nun allen Freiheit, die französische eine reine nur die Abhöhlung als anerkannt, wo das deutsche Flugzeug über den französischen Linien abgeschossen oder brennend in die feindlichen Linien abgestürzt sei.

Nach Ententeberichten wollen weitere Geiger allein im Monat April nicht weniger als 300 deutsche Flugzeuge abgeschossen haben. Nähert man die deutschen Flugzeuge zusammen, welche die Franzosen und Engländer in den letzten Monaten vernichtet haben wollen, so kommt man zu einem überraschenden Ergebnis. Nach diesen Auskünften sind die Verluste der deutschen Fliegerei so groß, daß es überhaupt keinen deutschen Flieger mehr gibt. Das heißt nicht so ist, darüber dürfen die feindlichen Flieger ja am besten Auskunft geben können. (W. T. B.)

Die Neutralität der Schweiz.

(Schweizerische Deutschen-Agentur.) Auläufig der Jahresbericht des Kantons Bern in die Eidgenossenschaft hielt der Bundespräsident Thalherr am Freitag abend eine große Rede, wobei er auch eingehend auf die wirtschaftliche Stellung der Schweiz und dann auch insbesondere auf die Stellung der Schweiz zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu sprechen kam. Er stellte dabei fest, daß entgegen allen möglichen Gerüchten bis jetzt in Amerika der Ausfuhr nach der Schweiz irgendwie Hindernis nicht in den Weg gelegt worden sei. Den Meldungen einer gewissen Preise, daß Amerika die Ausfuhr nach der Schweiz einschränken oder gar verbieten werde, vermagte er keinen Grund zu schaffen. Für ein solches Vorgehen bestehen auch keine Veranlassung, da die sämtlichen Warenauflagen, die aus Amerika kämen, den Bedingungen unterliegt seien, die mit den Regierungen der Entente nichts zur Sicherung ihrer Interessen vereinbart worden seien. Die Schweiz halte ihre Verpflichtungen in aufrichtiger Weise. Der Bundespräsident legte darauf feierlich Verwahrung ein gegen die Vorwürfe, die ihn und wieder in ihrer Weise erhoben wurden, als ob die Schweiz die ihr durch Frankreich und Italien oder aus Amerika angeführten Waren benötige, um in Widerspruch mit ihren Zustimmungen die Gegner des Dämons zu verproklamieren, die den Beginn und die Transporte dieser Waren der Schweiz ermöglichen. Zum Schluß seiner Rede betonte der Bundespräsident den festen Neutralitätswillen der Schweiz, bemerkte aber, daß die Anerkennung des Rechtes der Neutralität auch die Anerkennung des Rechtes der Existenz des Kriegs käme, das sonst die Garantien der Neutralität illogisch wären. (W. T. B.)

Die politische Spannung in Spanien.

Vorher Blätter melden aus Madrid: Am Donnerstag fand ein Ministerrat statt, der mit einer kurzen Unterbrechung von 11 Uhr vormittags bis spät nachts andauerte. Die Regierung hat drastisch die Provinzoberhöfe angewiesen, alle Kundgebungen und öffentlichen Versammlungen, in denen die zwischenstaatliche Sprache zur Sprache gebracht werden könnte, zu untersagen. Der Minister des Inneren Bureau erklärte nach dem Ministerrat: Angesichts der wichtigen diplomatischen Unterhandlungen, die höchstlich beobachtet sein dürfen, hätte die Regierung im Interesse des Landes jede öffentliche Kundgebung häufiger der zwischenstaatlichen Fragen für gefährlich. Insoweit sei das Verbot der Kundgebungen und Versammlungen erlassen worden. Der Ministerrat beschäftigte sich auch mit der Verhaftung von Offizieren in Barcelona. Unter den Verhafteten befindet sich General Alfonso, der durch General Marina erschossen werden soll, ferner ein Oberleutnant, ein Major, zwei Hauptleute und zwei Leutnants der Garnison Barcelona. Graf Del Sorallo soll zum Platzbeobachter von Madrid ernannt werden. Man glaubt, daß noch mehrere höhere Offiziere in Barcelona abgeführt werden sollen. (W. T. B.)

Drohender Eisenbahnerstreik in Norwegen?

Der Landesverband der norwegischen Eisenbahner hat einstimmig für seine sämtlichen 3200 Mitglieder die Kundgebung ihrer Stellungen mit einer Frist von drei Monaten unter dem Hinweis beschlossen, daß die Einschaltung neuer Arbeitskräfte verhindert werden würde. (W. T. B.)

Zum Besuch des Kanzlers in Brüssel.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Belgens Aufstand wird sprudeln, da die Brüderhabschäfte im Westen den Beweis erbracht haben, daß es den vereinigten englischen und französischen Heeren nicht gelingen kann, die deutschen Truppen aus den besetzten belgischen Gebieten herauszubringen. Auch eine erneute Offensive der Entente möchte, die aus London und Paris in nahe Aussicht gestellt wird, verman nach der Überzeugung militärischer Sachverständiger die deutschen Stellungen nicht mehr zu erschüttern. Alle diesigen unserer nordwestlichen Grenznachbarn, die sich eine nüchterne Überlegung der Tatsachen bewahrt haben, beginnen sich in ihr Schicksal zuinden und rechnen mit den kommenden Entwicklungsmöglichkeiten des belgischen Staates unter deutscher Führung. Die Flamen neben logisch Beweise ihrer Einsicht und näheren sich den Verwaltungsbürokraten des Deutschen Reiches.

Eine flämische Abordnung war bereits vor einigen Monaten in Berlin und machte dem Auswärtigen Amt seine Aufwartung. Es kam zu erfreulichen Ergebnissen der Beratungen, und der Reichskanzler machte jetzt in Belebung seines Stellvertreters, des Staatssekretärs Dr. Helfferich, in Brüssel seinen Gegenbesuch. Unsere höchsten Staatsbeamten konnten ihn überzeugen, daß es den Bewohnern der belgischen Hauptstadt unter deutschem Oberkommando wohl ergeht. Abgesehen von Haushaltssorgen einzelner Kreise, herrscht in der belgischen Hauptstadt eine leidenschaftliche politische Stimmung. Es ist also anzunehmen, daß die deutschen Staatsmänner nun mehr in der Lage sein werden, die Verständigung mit den Flamen weiter zu fördern.

Im Haushaltsschub des deutschen Reichstages wurde stiftig eingehend über Belgens Aufstand verhandelt. Staatssekretär Dr. Helfferich sprach darüber die Verlegung des Königtums in zwei Staatsgebiete aus und erläuterte die Grenzziehung nach der Sprachgrenze, die deutschtägliche wirtschaftliche Angliederung Flanderns an das Deutsche Reich, die Anerkennung des Rates von Flandern als Vorläufer eines Parlaments und über die katholische Kirchenpolitik. Eine Aneignung Belgien sei von deutscher Seite nicht geplant. Von konservativen und nationalliberalen Parlamentariern wurde bemerkt, daß seit der militärischen Besetzung Belgien in der deutschen Offenheitlichkeit von einer sogenannten "Annexion" nicht die Rede gewesen sei.

Die eigentliche Lösung der belgischen Frage besteht nicht in der Form, sondern in der Machterteilung.

Man muß es auch für ausgeschlossen erachten, daß eine Verwaltungstrennung in Belgien mit nachfolgender staatlicher Trennung das deutsche Interesse nach Westen hinreichend zu fördern vermag, wenn nicht die deutsche Macht genügend militärische Mittel zur Wiederherstellung eines solchen Staatswesens bietet kann, daß durch Erweiterung von Ost durch Entzettelung von Aufständen und durch ein System von Kleinststaaten Nähe hindurch unser Vaterland in seiner Existenz bedroht und dadurch den Krieg unvermeidlich gemacht hat. (W. T. B.)

Sogenannte Gebote haben wir mit dem Kanzler verabredet, sind, wie wir in diesem Krieg von unseren Verbündeten, sowohl hierzulande und weiters, durch die Kanzler und die verdeckten Mächte in Vereinigung mit der erforderlichen Taktik, dass das dauernde Schutz Flanderns und Walloniens gegen Engländer und Franzosen verbürgen. Vor allem Dingen muß das Volk der Flamen wissen, daß Deutschland nicht nur läßt, sondern auch entschlossen ist, die nach ihre Entwicklung sicherzustellen. Darunter versteht man werden von dem Rat der Flamen verlangt, und wir hoffen, daß der Kanzler es nunmehr gegeben hat, der verdeckten Kanzler v. Bissing, dessen Wollen als der verdeckten Befehl des Reichs ausdrücklich in hohem Maße anerkannt wurde, vertiefen die Ansicht, daß Flandern und Wallonien auf der Grundlage deutscher Machtausübung seit in deutscher Hand bleiben müssen, und zwar bei freier, auf völkischer Basis, bestehender Entwicklung im Innern Belieben. Wenn der Kanzler und Staatssekretär Dr. Helfferich noch Befehl gegeben sind, die Vollstreckung des Bismarckischen Testaments vorzubereiten, so würden sie damit einen der wichtigsten Punkte der deutschen Kriegsziele festgelegt haben.

Freiherr v. Bissing und die belgische Frage.

Der Historiker der Universität Halle, Professor Dr. Albrecht Becker, kommt in der Zeitschrift "Das größere Deutschland" auf die auch von uns erwähnte Denkschrift des verstorbenen Generalgouverneurs von Belgien, Generalobersten Freiherrn v. Bissing, zurück und untersucht die Frage, ob Freiherr v. Bissing bis zu seinem Ende die belgische Frage in der Tat der Fall ist. daß Freiherr v. Bissing bis zu seinem Ende an der in der Denkschrift vorgeschlagenen Lösung der belgischen Frage festgehalten hat, dafür deutet Professor Becker einen Beweis in einem Briefe, den er von dem verstorbenen Generalgouverneur am 24. Januar 1917 erhalten hat. Professor Becker hatte Freiherrn v. Bissing eine kleine Denkschrift über die belgische Frage eingesandt, in der u. a. gesagt war: "Darüber, daß ein freies Belgien infolge des Krieges eine schwere Gefahr für uns bedeuten würde, schwerer als die Gefahr einer durchdringlichen Neutralität vor dem Juni 1914, sollte unter Politikern keine Meinungsverschiedenheit bestehen." In der Denkschrift war zur Belehrung dieser Gefahr vorgeschlagen: "Provisorische Fortdauer der militärischen Okkupation mit autonomer Städteverwaltung der getrennt zu haltenden flämischen und wallonischen Teile". Daran hat Freiherr v. Bissing in einem Brief vom 24. Januar 1917 aus Wiesbaden geantwortet:

"Dass die Lösung der belgischen Frage die Abwehr der belgischen Gefahr bedeutet, steht auch für mich fest. Dabei gereicht es mir zur großen Bedeutung, daß sich diese Ansicht mit den unveränderten Staatsmännern in vollem Maße deckt. Es ist erfreulich, daß die politische Beschäftigung mit Belgien und den hier zu lösenden Problemen beim deutschen Volke wieder im Zunehmen begriffen ist; dafür war mir auch Ihre Arbeit ein willkommen Beweis."

Die Regierungssfrage in Polen.

Die "Deutsche Warthauer Zeitung" schreibt: Die in verschiedenen Tagesblättern, auch Warthaus, übergegangene Notiz zur Regierungssfrage in Polen, die aus dem Berliner "Volks-Anzeiger" übernommen worden ist, entbehrt jeder amtlichen Unterlage. Die Verhandlungen zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Regierungen über die dem Staatsräte auf seine Anträge vom 1. Mai abgegebene Erklärung sind noch nicht endgültig abgeschlossen. Eine solche Erklärung der Mittelmächte ist allerdings, wie wir erfahren, in den nächsten Tagen zu erwarten. Allen Nachrichten, die über den Inhalt dieser Erklärung verbreitet werden, und bis zum Vorliegen des amtlichen Erklärung der Zusammensetzung entsprechen.

Eine Absehung der ungarischen Regierung an die Stockholm-Sozialisten.

Das Ungarische Korr.-Bureau meldet: Nach der ungarischen Regierung nahestehenden Kreisen wird uns mitgeteilt, daß die neuesten Nachrichten betreffend die Soltung der ungarischen Sozialisten, in diesen Kreisen einen betrübenden Eindruck machen. Die ungarische Regierung war der Hoffnung, daß die Sozialisten der Mittelmächte durch unmittelbare Verbindung mit den russischen Arbeiterschaften viele Unterstützer und die Unterstützung der englischen und französischen Kreisen entgegenwirken könnten. Antisemiten haben jedoch eine solche Soltion mit Wohlwollen den Gedanken einer zwischenstaatlichen Annäherung der Sozialisten aufgenommen. Man hat gern gesehen, daß auf der Stockholm-Zusammenkunft auch die führenden ungarischen Sozialisten erschienen. Jüdische Entgleisungen in den Neuerungen dieser führenden haben nun auch ein solches Gebiet berichtet, auf dem die ungarischen Sozialisten für eine durchaus unannehbare Soltion in solchen Fragen eingetreten sind, die für unsere deutschen Bundesgenossen und für Österreich von äußerster Wichtigkeit sind. Auch haben sie in Bezug auf die Nationalitätenfrage und die Entstehung eines ungarischen Staatespunkt angenommen. Was die Deutschland und Österreich betreffenden Fragen anlangt, so darf man nicht vergessen, daß und an das Deutsche Reich die stärkste Bande gegenwärtiger Freiheit und Unabhängigkeit gebildet hat durch die Bismarckische Sanktion, die dauernden Verbündeten mit Österreich eingebunden sein. Es würde also dem Frieden sehr erheblich geschadet, wenn in dem Vertrage der Entente eine erfüllbare Hoffnung erweckt werden. Was die Angelegenheit der ungarischen Nationalisten und Serben betrifft, so ist es wirklich unverständlich, wie ein Ungar, die von ungarischen Nationalisten verbreiteten Verlaubungen über die Unterdrückung unserer Nationalitäten bestanden kann. Unverständlich ist es weiter, wie man die holländischen materiellen Mittel zur Wiederherstellung eines solchen Staateswesens bieten kann, daß durch Erweiterung von Ost durch Entzettelung von Aufständen und durch ein System von Kleinststaaten Nähe hindurch unser Vaterland in seiner Existenz bedroht und dadurch den Krieg unvermeidlich gemacht hat. (W. T. B.)

Die Ansichten der tschechischen Sozialisten.

b. Das tschechisch-tschechische Komitee erhält von den Tschechischen Central-Sozialistischen Partei folgende Mitteilungen: Die sozialdemokratische Partei Bohemens schließt sich im allgemeinen den Befreiungspunkten an, die von der deutsch-deutschlichen Abordnung vorgezeichnet wurden. Sie ist Anhängerin des Friedens ohne Annexionen, des Schadenerlasses ohne Demütigung irgendwelcher Art. Belgien, Serbien und Rumänien müssen wieder erobert. Liebhaben müßte der Frieden allen Völkern die Möglichkeit geben, sich in nationaler, kultureller und wirtschaftlicher Freiheit frei zu entwickeln. Dieses Recht kann in Bezug auf die tschechische Volksfrage nicht eingehalten werden. Das tschechische Volk hat das Recht auf vollkommenen Autonomie und Freiheit. Diese Politik wird am besten durch die Demokratisierung Österreich-Ungarns und durch die Reorganisation auf Grundlage von der sozialdemokratischen Partei ausgearbeiteten Nationalitätsprogramms verwirklicht. Wir wollen die Gewaltübung dieser Partei durch die Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen und proletarischen Organisationen in unserem Lande durchführen. Wir waren seit dem ersten Tag des Kriegs der Meinung, daß es Pflicht der Internationalen ist, alles mögliches auszubringen, um dem Kriege ein Ende zu machen.